

## **Nürnberger Nachrichten vom 25.01.2012**

**Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) war Gast beim Neujahrsempfang der Nürnberger Sozialdemokraten. Wir sprachen mit ihr.**

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer will den Länderfinanzausgleich kappen. Was sagen Sie dazu als Regierungschefin eines Landes, das Mittel erhält?

Hannelore Kraft: Da muss man die Finanzbeziehungen der Länder in Gänze betrachten. Dazu gehört auch der Umsatzsteuerausgleich, wo wir in NRW mit rund zwei Milliarden Euro großer Zahler sind. Dazu gehört auch die Verteilung von Fördermitteln auf die einzelnen Bundesländer oder die Besiedlung mit Instituten, etwa im Forschungsbereich. Daher ist es zu kurz gegriffen, nur auf den Teilbereich Länderfinanzausgleich zu schauen. Es ist mir sehr wichtig, dass wir in Deutschland solidarisch bleiben. Die strukturellen Voraussetzungen der einzelnen Bundesländer sind völlig unterschiedlich.

Also keine Veränderung vor dem Auslaufen des Solidarpakts 2019?

Kraft: Nein. Wir haben bis dahin einen Vertrag, der steht. Natürlich müssen wir darüber reden, was danach kommt — rechtzeitig. Aber das jetzt aufs Tableau zu heben, das ist ein reines Wahlkampfmanöver von Horst Seehofer.

Bayern soll, so sagt es die CSU, bis 2030 komplett schuldenfrei sein. Ist das machbar?

Kraft: Das kann ich nicht beurteilen. Ich habe nur ein Grundgefühl — nämlich Bauchschmerzen, wenn ich merke, wenn ein Ziel so weit weg ist, dass derjenige, der es vorgegeben hat, mit hoher Wahrscheinlichkeit — und bei Herrn Seehofer ganz sicher—dann gar nicht mehr dabei ist und auch nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden kann.

„Die SPD ist längst reif für eine Kanzlerin“, sagt die neue Vize-Parteichefin Aydan Özoguz, und meinte damit Sie. Sind Sie reif dafür?

Kraft: Ich habe mich da klar positioniert. Wir haben die letzte Wahl in NRW nicht gewonnen. Wir wollen daher die nächste Wahl gewinnen — das ist die Aufgabe, vor der ich stehe. Darauf werde ich mich konzentrieren. Ich bin sicher, wir werden einen guten Kandidaten oder eine gute Kandidatin aufstellen.

Also ein definitives Nein?

Kraft: Ja. Das habe ich auch immer klar gesagt.

War es klug von Peer Steinbrück, sich früh von Helmut Schmidt als möglicher Kandidat ausrufen zu lassen?

Kraft: Dass die beiden sich gut verstehen, ist schon länger klar. Natürlich hat Peer das Format, um Kanzler zu werden — aber von diesem Format haben wir mehrere, da können wir uns glücklich schätzen. Immerhin sind alle, die auf SPD-Seite genannt werden, wesentlich besser als das, was die Bundesregierung im Augenblick zu bieten hat.

Sie regieren mit den Grünen in einer Minderheitsregierung — länger, als viele dachten. Warum hält dieses doch recht wackelige Bündnis noch?

Kraft: Es ist uns gelungen, wirklich offen auf die anderen zuzugehen und mit wechselnden Mehrheiten zu arbeiten. Das geht – aber das ist immer eine wackelige Angelegenheit. Man muss sich immer wieder neu um Akzeptanz bemühen. Für die Demokratie ist das letztlich sehr interessant, weil das Parlament sehr viel wichtiger ist als in einer „normalen“ Regierung. Der rot-grüne Vorsprung in den Umfragen schrumpft.

Ist Ihre Regierung ein Modell für andere Länder?

Kraft: Das will ich nicht hoffen — es ist wirklich anstrengend, so zu regieren. Als nachahmenswertes Modell würde ich das nicht sehen. Es geht im Moment ganz gut. Eine stabile Regierung hat durchaus gewisse Vorteile.

Christian Wulff will ausharren. Wie lange hält das Land das aus, wie lange die Institution Bundespräsident?

Kraft: Ich bin da nach wie vor sprachlos, und das ist auch der einzige Kommentar, den ich dazu abgebe.

Die SPD stimmte bisher den diversen Euro-Rettungspaketen weitgehend zu. Wie lange tragen Sie den Kurs der Kanzlerin mit?

Kraft: Die SPD ist bisher die Schritte mitgegangen. Das war richtig, aber wir waren uns bewusst, dass dadurch quasi nur Zeit gekauft wurde. Die entscheidende Frage ist jetzt: Nutzen wir diese Zeit, und wenn ja, wie, um zu den notwendigen Veränderungen zu kommen? Da tut sich zu wenig, da ist die FDP erkennbar der größte Hemmschuh — siehe Finanztransaktionssteuer und anderes. Da müssen wir dringend vorankommen.

Notfalls in einer Großen Koalition?

Kraft: Nein. Wenn diese Regierung scheitert, sollte es auch Neuwahlen geben.

**Interview: ALEXANDER JUNGKUNZ**